

Tagesbote für Untersteiermark.

Pränumerationspreis für Marburg.
Monatlich fl. 70 kr.
Vierteljährig „ 10 „
Zustellung monatlich „ 15 „
Einzeln Nummern 4 kr.

Organ der liberalen Partei.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Manuskripte werden nicht zurück geschickt.

Pränumerationspreis mit Post:
Monatlich 1 Gulden.
Vierteljährig 3 „
Ganzjährig 12 „
Insertionsgebühren 6 kr. pr. Zeile.

Nr. 177.

Marburg, Freitag, 11. November 1870.

IX. Jahrgang

Das Ministerium und die Adresskommission des Herrenhauses.

Am 8. d. M. fand nach längerer Unterbrechung unter dem Vorhange des Präsidenten Ritter v. Schmerling eine Sitzung des Adressausschusses des Herrenhauses statt, in welcher das Ministerium vollzählig erschienen war.

Die Vorgänge innerhalb des Ausschusses haben allenthalben ungeheures Aufsehen erregt, weil man angenommen hatte, der Ausschuss werde sich darauf beschränken, die Regierungspolitik zu tadeln und in der Adresse einen Systemwechsel zu befürworten, ohne sich in eine Kritik der Amtswirksamkeit der einzelnen Minister einzulassen, während sich diese Voraussetzung nunmehr als irrig erwiesen hat. Denn die Majorität des Ausschusses bekämpfte das Ministerium nicht nur auf das schonungsloseste, der Ausschuss sah förmlich über die einzelnen Minister zu Gericht, das Urtheil welches daselbst über das Ministerium Potocky und Konsorten gesprochen wurde, war ein vernichtendes, aber ein vollkommen gerechtes.

Vom Vorsitzenden über einige Punkte der Thronrede interpellirt, erklärte der Ministerpräsident, daß er als Mitunterzeichner des Minoritätsvotums des früheren Ministeriums Laaffe die darin niedergelegten politischen Grundsätze als die seinigen erkenne. Seine Versöhnungspolitik habe zwar ihr Ziel nicht erreicht, doch die aufgeregten Gemüther beruhigt; die Idee einer Versöhnung aller österreichischen Nationalitäten werde er nie opfern, die Verfassung sei von ihm nicht verletzt worden.

Frh. v. Lichtenfels findet einen Widerspruch in den Ausführungen Potocky's; der Geist der Verfassung sei verletzt worden, die Thätigkeit des Ministeriums habe dieselbe schwer geschädigt, sie sei verwerflich, die Gemüther noch mehr aufgeregter worden.

Mit dem Ministerium sei die Anarchie in allen Theilen des Staats zur Herrschaft gelangt, und daß dem entgegenwirkt, daß es so nicht mehr weiter gehen dürfe, das müsse das Herrenhaus vor allem andern in seiner Adresse betonen.

Auf die Frage Potocky's, welchen Begriff Redner mit den Worten Anarchie verbinde, erklärte derselbe, daß die Zustände in Böhmen, theilweise auch in Galizien die Bezeichnung anarchisch verdienen.

Graf Hartig spricht sich angesichts der Wahlen in Böhmen dahin aus, daß die angeblich verfassungstreue Regierung in der verderblichsten Weise daselbst gegen die Verfassung gewirkt habe.

In gleichem Sinne spricht Fürst Carlos Auerberg, er sagt weiter, das Ministerium habe ohne System gehandelt, während es in Tirol die unbedingte Angelobung gefordert, habe es in Böhmen sich mit der bedingten begnügt.

Hofrath Unger hebt hervor, daß man den Landtag in Tirol hätte auflösen müssen, weil er nur „zur Versammlung vom 15. September gewählt habe, somit die Autorität des Reichsrathes nicht anerkennt.“ Im Falle der Auflösung des Landtages hätte Südtirol Abgeordnete in den Reichsrath entsendet. Nachdem man diesen Weg nicht betreten, sei der Ausspruch berechtigt, daß die Regierung die Verfassung untergraben habe; gleich wie sie in Dalmatien, welches den Anschluß an Kroatien begehre, dem secessionistischen slavischen Elemente das Uebergewicht verschafft habe.

Minister Stremayer behauptet, die Verfassungspartei habe durch die Frage der direkten

Wahlen die Grundlagen der Verfassung erschüttert, er spricht sich entschieden gegen direkte Wahlen aus und sucht den Beweis zu führen, daß das Mißtrauen gegen die verfassungstreue Aktion der Regierung unberechtigt sei.

Fürst Jablonowsky spricht sich für die Regierung aus, indem er deren Versöhnungsversuche billigt, deren Scheitern bedauert.

Minister Eschabuschnigg sucht vom „richterlichen“ Standpunkte den Vorwurf der Anarchie zu entkräften, die gefährdrohende sozialistische Bewegung sei durch Richtersprüche zurückgedrängt worden.

Die Anarchie in der Presse sei aber eine Verlogenheit des früheren Ministeriums. Um sie zu beseitigen wäre die Einführung von Ausnahmeständen nothwendig gewesen, welche zu verhängen das Ministerium sich nicht für befugt hielt.

Lichtenfels gegen Stremayer gerichtet erklärt, die Regierung habe zwar den Boden der Verfassung nicht verlassen, sie richte diese aber auf verfassungsmäßigem Wege zu Grunde; ebenso werden die Behauptungen des Fürsten Jablonowsky vom Redner gründlich widerlegt.

Fürst Carlos Auerberg weist den Ministern Stremayer und Eschabuschnigg zahlreiche Widersprüche nach. Hinsichtlich der von Stremayer erwähnten „energetischen Schritte“ des Ministeriums bemerkt er: Der über Böhmen verhängte Ausnahmestand war wirkungsvoll, er hat nur zu kurze Zeit gedauert.

Hofrath Unger bemerkt, nachdem er der Rede des Hofraths Klaczko im galizischen Landtage Erwähnung gethan, gegen den Justizminister, es bestehe zwar keine gerichtliche wohl aber eine politische Anarchie.

Graf Laaffe sucht das Verfahren des Ministeriums in Tirol, Dalmatien und Böhmen zu rechtfertigen, wird aber von Graf Hartig und Fürst Auerberg widerlegt; der Landmarschall von Böhmen hätte, sobald er sich in den Reichsrath wählen ließ, ohne daselbst zu erscheinen, seines Amtes entsetzt werden sollen.

Man möge doch in Oesterreich endlich einmal aufhören, Revolution gegen sich selbst zu machen. In diesem Zustande befinde man sich jetzt.

Aus der Mitte der Minister erscholl nunmehr der Ruf: „Das geht zu weit!“ Nachdem der Redner geendet, erklärt Potocky, die Regierung habe den redlichen Willen gehabt bei den letzten Wahlen in Böhmen der Verfassungspartei den Sieg zu verschaffen.

Diese letzte Behauptung wurde jedoch vom Fürsten Auerberg bekämpft und als Minister Laaffe hierauf dem Fürsten feierlich versicherte, es sei so, wie Graf Potocky soeben gesagt, erklärte Fürst Auerberg, er sei zu genau unterrichtet, um von dem, was er geäußert, das Mindeste zurückzunehmen.

Auf die Interpellation des Vorsitzenden, ob die Regierung der nationalen Partei als Lohn der Reichsrathbesetzung die Ernennung von Ministern für spezielle Länder versprochen habe, erklärt der Ministerpräsident, die betreffenden Unterhandlungen hätten sich zerschlagen.

Lichtenfels betont auf das nachdrücklichste die Auflösung des renitenten böhmischen, sowie aller jener Landtage, welche sich gegen die Verfassung auflehnen.

Nach Schluß der erregten Debatte wird einstimmig Graf Auerberg (Anastasius Grün) zum Berichterstatter gewählt.

Die Spaltung innerhalb der römischen Kurie.

Der sehr wohl unterrichtete i-Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ schildert die gegenwärtigen Zustände im Vatikan auf sehr treffende Weise, daß wir auf die Reproduktion Angesichts der gegentheiligen Behauptungen des „Träger Volksblattes“ nicht glauben verzichten zu dürfen. Die betreffende Mittheilung lautet:

Die römische Kurie, welche den altersschwachen Pius im Vatikan gefangen hält und mit den schauerlichsten Märchen von liberalen Gräueltathaten schreckt, um seine Jugendträume zu ersticken, bildete gewiß eine der gefährlichsten Gewalten, wenn sie nicht unter ihren Koryphäen in heftige Spaltungen gerathen wäre.

Wie viel Spielraum für Versöhnungsversuche hätten nicht geschickte Diplomaten, wenn sie im Stande wären, statt banale Trostgründe und blöde Schmeicheleien vorzubringen, sich direkt an den Papst zu wenden, um ihn von der wirklichen Sachlage zu verständigen und das Lügenneze zu zerreißen, womit ihn seine nächste Umgebung umstrift.

Kardinal Antonelli, welcher vor einigen Jahren Monsignor de Merode, Vila und Konsorten aus ihren Ämtern vertrieb, steht mit dem erstgenannten Prälaten, einem reichen Belgier und Schwager weiland General Lamoriciere's und gegenwärtig Groß-Almosener des Papstes, in heftigem Widerspruche.

Während der bereicherte Kardinal in Rom höchst wesentliche Interessen zu beschützen hat, da nicht nur sein Bruder, Philipp Antonelli, römischer Bankdirektor geblieben ist, sondern seine großen Kapitalien auch noch von anderen Strohmannern in Rom selbst vortheilhaft verwaltet werden, hat ein auffallendes Interesse, den Papst und mit ihm sich selbst in Rom zu erhalten.

Die italienischen Soldaten sind ja doch genöthigt, ihn zu schützen, und weiter braucht man nichts für den Augenblick der Gefangenschaft.

Monsignori Pacca, Ricci und Negrotto sind ehrliche, bescheidene Instrumente des Staatssekretärs und sprechen in gleichem Tone mit ihrem Protektor.

Monsignor de Merode dagegen, welcher ein unabhängiges Vermögen besitzt, hat auch unabhängiger Meinungen und rath dem Papste in Gemeinschaft mit Pater Bedy, dem Jesuiten-General, der Ewigen Stadt den Rücken zu kehren.

Diese Spaltungen, welche theilweise auf unversöhnlicher Abneigung beruhen, könnten benützt werden. Andererseits sind die Jesuiten selbst unter sich nicht einig. Während ihr General, sowie die Väter Piccirillo, Don Margotti und Andere Alles anbieten, um den Papst zu der hartnäckigsten Verschlossenheit zu bewegen, veröffentlicht der tüchtige Denker Pater Curti in Florenz ein Opusculum über das gefallene Regiment der Päpste, welches alle Hoffnung einer Wiederherstellung desselben geradezu als hirnlos darstellt.

Das genannte Werk verdient die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Tiefe seiner Ansichten und die Gründlichkeit der dargelegenen Sachkenntnis des Jesuiten-Philosophen, fast möchte ich sagen, dieses Philosophen aus der Gesellschaft Jesu.

Die alten Jesuiten andererseits haben wenig Vertrauen in Pius IX., dem sie sein Auftreten vom Jahre 1846 nicht vergeben können, und von

ihrer Clique rührt die strenge Ueberwachung des Papstes im gegenwärtigen Momente her.

Das temporale Regiment Pius IX. geht daher aus ähnlichen Gründen zu Grunde, aus welchen das französische Kaiserreich, dessen thätigste Stütze, unterlag.

Uneinigkeit, Gewinnsucht, Verkäuflichkeit, Eitelkeit und Heuchelei sind die Faktoren, welche nicht nur das weltliche Regiment des Papstes zertrümmert, sondern sogar in seine geistliche Herrschaft durch die Encyclica, den Syllabus und, die päpstliche Unfehlbarkeit, starke Brechen geschossen haben.

Zeitungschau.

Die „Politik“ polemisiert gegen die Organe der Verfassungspartei, welche sich den Sieg bei den Reichsrathswahlen in Böhmen vindiziren, denn man kann doch nicht von einem Wahlsiege sprechen, wenn wie in den Landgemeinden thätigst der Fall, von 14 aufgestellten Kandidaten acht durchfallen und somit sechs gewählt werden. Das Gleiche sei bezüglich der Städtewahlen eingetreten, von den aufgestellten 11 Kandidaten der Verfassungspartei seien nur 7 durchgedrungen. Die Verfassungspartei habe eingerechnet die vier Vertreter der Handelskammer 17 Stimmen für den Reichsrath gewonnen, während dieselbe Partei im Landtage über 28 Stimmen verfügt; die „Politik“ glaubt daher mit Recht den Sieg der staatsrechtlichen Opposition zuschreiben zu dürfen, zumal im Großgrundbesitz sich die beiden gegnerischen Parteien mit so ziemlich gleichen Kräften gegenüber standen. Die „Politik“ schließt mit dem Ausdruck des Bedauerns, das wir vollkommen theilen, daß sich der Parlamentarismus in Oesterreich um den böhmischen Großgrundbesitz und dieser um die Disposition der Regierung oder die Laune eines jagdliebenden Großgrundbesitzers, der sein Vergnügen der Wahl vorzieht, drehe.

Auch das „Waterland“ beschäftigt sich mit den Wahlen in den Reichsrath, speziell mit jenen des Großgrundbesitzes; das Organ der Klerikal-feudalen mißbilligt seinerseits auf das schärfste den beliebten im Gesehe schwerlich begründeten Modus des Auslösend der drei Kandidaten und bezeichnet diesen Vorgang mit „Reichsraths-Lotterziehung.“

Die „Presse“ findet das Bombardement von Paris unvermeidlich. Andererseits haben die provisorischen Regierungen von Tours und Paris durch das Verbot der Wahlen zur Konstituante, welche die deutsche Heeresleitung in den okkupirten Landestheilen gestatten wollte, ihre Isolirung vollendet. Die Vermittlerrolle der Neutralen sei zu Ende gespielt, während die gegenwärtige Regierung in Frankreich nicht die Kraft besitze, aus sich selbst heraus die Rettung des unglücklichen Landes zu bewerkstelligen.

Die „Neue Freie Presse“ beleuchtet den letzten von der ungarischen Linken auf die Ausgleichsgesetze vom Jahre 1867 in Szene gesetzten Angriff. Der erste Versuch Ungarns in großer Style Politik zu treiben sei kläglich mißlungen. Bei Beginn des Krieges gleich wie im Jahre 1866 Preußen freundlich gesinnt habe die Linke eifersüchtig auf die deutschen Erfolge eine Schwankung vollzogen sich auf Seite der romanischen Völkerstämme zu stellen versucht; diese Stellung widerspricht aber den Interessen Oesterreichs und Ungarns, welches ein Zusammengehen Deutschlands und Oesterreichs gebieterisch fordert. Zum Schluß bedauert die „N. F. Presse“, daß selbst die Deakpartei anstatt den Dualismus als Waffe gegen den Föderalismus zu gebrauchen mit diesem kokettirt.

Der „Wanderer“ erklärt den Kern der durch die Adresskommission des Herrenhauses der Regierung gemachten Vorwürfe liegen darin, daß die Regierung zwar die Verfassung stets im Munde führe, solche aber auf legalem Wege zu Grunde zu richten bemüht sei. Eine Partei konnte sich das Ministerium ebenfalls nicht schaffen, und trotz dem in einem Punkte alle Partheien einig sind daß Ministerium Potocky müsse fallen, klammert sich dasselbe mit Hartnäckigkeit an seine Stellung daher bestehe wirklich die von Lichtensfeld gekennzeichnete Anarchie.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ bespricht den gleichen Gegenstand, es verteidigt die österreichische Presse gegen die ungerechtfertigten Angriffe des Justizministers, welcher auch den Segnern im Herrenhause das Schlagwort gegeben Unterdrückungen der Presse.

Politische Uebersicht.

Inland.

(Wien) Gestern fand eine Sitzung des Adressausschusses des Herrenhauses statt; die Minister waren vollzählig erschienen, um ihre Politik zu verteidigen; ihr Bemühen dürfte vergeblich sein, denn es soll in der Adresse ein förmliches Mißtrauensvotum ausgesprochen werden, um das Ministerium zur Demission aus dem Grunde zu drängen, damit das Abgeordnetenhaus in die Lage kömmt, in Anbetracht der veränderten Sachlage seinerseits die Adressdebatte abzukürzen.

Wir kommen auf diesen Gegenstand des Weitern zurück.

Die „Wiener Abendpost“ dementirt die Gerüchte von dem Austritte des F. M. E. Ruhn aus dem Reichsministerium; nachdem diese Nachricht zu wiederholten Malen auftaucht, dürfte doch etwas Wahres daran sein.

Die „N. Fr. P.“ ihrerseits tritt dem Gerüchte, Fürst Auersperg sei schon dormalen mit der Bildung eines Ministeriums betraut, Dr. Herbst werde in demselben das Justiz-, Dr. Brestel das Finanz-, Dr. Demmel das Landesverteidigungs- und Dr. Sturm das Ministerium des Innern übernehmen entschieden, entgegen.

Der Reichsraths-Abgeordnete Schulz aus Czernowitz hat die Ferien benützt, um sich seinen Wählern in Rabauz vorzustellen; ob seiner verfassungswidrigen Haltung im Reichsrathe (er hatte sich bekanntlich entgegen der Stimmung seiner Wähler dem Klub Petrinos angeschlossen) aufs lebhafteste interpellirt, leistete er bündige Zusage, künftig im Sinne seiner Wähler mit der Verfassungspartei zu stimmen.

(Prag.) Der tschechische Bürgermeister dieser Stadt, Auditor Koval, und der Gemeinderath wurden wegen Nichtvornahme der Gemeindevahlen amovirt, und Advokat Kemlivil nebst sechs Stadtbürgern von der Statthalterei zur Führung der Gemeindegeschäfte ernannt.

Ausland.

(Berlin.) Die ministerielle „Provinzialkorrespondenz“ berichtet, daß der Reichstag auf den 20. Nov. behufs der Beschlußfassung über die Mittel zur weiteren Kriegsführung und über den Eintritt der Südstaaten in den Nordbundeinberufen sei.

Der Eintritt Badens, Hessens und Württembergs steht in sicherer Aussicht. Die Beziehungen Baierns unterliegen noch weiteren Verhandlungen.

Der Befehl zum Angriff von Paris wird gewiß in dem Augenblicke ertheilt werden, wo es unter Berücksichtigung aller Verhältnisse, namentlich auch in Bezug auf die weitere innere Entwicklung in Paris — angemessen erscheint.

Gestern begannen in ganz Preußen die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus, von ihnen hängt es ab, ob neben den Siegen nach Außen auch die Freiheit im Innern die gebührende Beachtung finden werde, oder der Militarismus und das Junker- und Nukerthum allein die Vortheile aus dem deutschen Einigungswerke ziehen werde; der Beginn der Wahlen ist der liberalen Sache günstig; in Magdeburg, Hannover, Wiesbaden, Berlin und Frankfurt am M. erhielten die liberalen Wahlmänner fast durchgehenden Majorität.

Die „N. A. A.“ theilt mit, daß nach verbürgten Nachrichten Baiern in den Versailler Konferenzen dabei beharrt, daß ihm die eigene Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten und die selbstständige Verwaltung seines Heerwesens belassen und ein Veto in der Verfassungsfrage eingeräumt werde.

Die Minister Bray, Brankund Luz wollen abreisen und die Sache in suspenso lassen. Graf

Bismarck stellte die Alternative, die bayerischen Minister mögen ihre bisherigen Ansprüche aufgeben, oder Baiern sich auf den Ausschluß aus dem neuen Bunde gefaßt machen.

Weiters schreibt dasselbe Blatt: Ein Schreiben des Bundeskanzlers an den Bundes-Präsidenten der Schweiz nach Bern bringt demselben in Erinnerung, daß im Sinne der Neutralität die auf Schweizer Boden übertretenden Soldaten der kriegsführenden Mächte entwaffnet werden müssen, was bisher nicht immer geschehen sein soll.

Auch an Oesterreich soll eine Mittheilung des Bundeskanzlers in dem Sinne erjogen sein, daß in letzterer Zeit aus verschiedenen österreichischen Provinzen Freiwillige nach Südfrankreich sich begeben, um zu Garibaldi's Freischaaern zu stoßen.

Wenngleich Preußen für diesen Vorgang die österreichische Regierung nicht direkt verantwortlich machen wolle, so fühle sich die preussische Regierung doch verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß die französischen Freischaaern nicht als reguläre Militärs angesehen und behandelt werden, daher sich die Betreffenden die kriegsrechtliche Behandlung vor Augen halten mögen.

(Bern.) Dem „Bunde“ zu Folge taucht die saboyische Frage wieder auf; es hat nämlich der Generalrath des Departements Hochsavoyen in den letzten Tagen einmütig beschlossen, den Präfecten aufzufordern, daß er die Schweiz zur Ausübung ihres Okkupationsrechtes kraft der Verträge von 1814 veranlasse.

Der Schweizer Bundesrath ist noch nicht schlußig geworden, will aber das Betreten der neutralen Gebiete durch fremde Truppen nicht zugeben.

(Florenz.) Nach dem „J. A. P.“ notifizirte der Kommandeur Guerra dem römischen Munizipium offiziell den feierlichen Einzug des Königs mit Ende November in Begleitung sämtlicher königlichen Prinzen und Prinzessinnen, der Minister, der Repräsentanten der Mächte und der Vertreter der Presse.

Lamarmora hat vom Quirinal Besitz genommen. Die Junta war hierbei vom Ritter De Angelis vertreten. Ueber die vorgefundenen Kunst- und Werthgegenstände wurde ein Inventar aufgenommen.

Marburger und Provinzial-Nachrichten.

Marburg, 11. November.

(Preisausschreibung.) Der Ausschuss des deutschen Vereines zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse in Prag hat einen Preis von 200 fl für ein Lehrbuch der Haushaltungskunde an höheren Mädchenschulen ausgeschrieben. Der Termin zur Einsendung endet mit 31. März 1871.

(Die Stelle eines Bezirksarztes) in Weich ist provisorisch zu besetzen. Besuche sind bis 25. Nov. an die Statthalterei zu richten.

(Armenwesen.) Der Landesauschuss beschloß in seiner jüngsten Sitzung aus Anlaß eines speziellen Falles, daß die Kosten der Verpflegung mittelloser Kranker in einem nicht allgemeinen Krankenhaus — nicht auf den Landesfond zu übernehmen seien.

(Der Pächter des städtischen Platzgefälles.) Herr Schwarzl hat dem Vernehmen nach den zwischen ihm und der Gemeinde Marburg bestehenden Vertrag gekündigt.

(Das Central-Wahlkomite) für die Gazer Gemeinderathswahlen hat in seiner letzten Sitzung zwei Beschlüsse gefaßt, welche unsern vollen Beifall finden; nachdem über Kurz oder Lang bei uns auch Neuwahlen nöthig werden dürften, so wollen wir schon dormalen einem künftigen Wahlkomite die gedachten Beschlüsse zur Nachahmung bestens empfohlen haben. Der Erste über Antrag des Herrn Dr. Scherübl einstimmig gefaßt, lautet: „Das Centralwahlkomite spricht sich dahin aus, daß es keinen Kandidaten für das Amt eines Gemeinderathes in Vorschlag bringen kann, bei welchem sein Amt als Gemeinderath mit seinen Privatinteressen in voraussichtlich größere Kollision gerathen kann.“ Der Zweite beantragt vom Herrn Dr. Piebler „Das Central-

wahlkomite erklärt: Die persönliche Vorstellung der Gemeinderathskandidaten in einer Wähler-versammlung liegt sowohl im Interesse einer ge-drichlichen Wahl als auch im Wunsche der Wähler."

(Gewerbeanmeldungen.) Freie Ge-werbe sind im Monate September und Okto-ber 1870 hiermit zur Anmeldung gebracht wor-den: Greißlerei. Pöttinger Anna, Stadt Nr. 144, Neuberger Rajetan, Magdalenvorstadt Nr. 21, Freitag Martin, Melling Nr. 14, Suppancie Martin, Magdalenvorstadt Nr. 122, Jellen Franz, Magdalenvorstadt Nr. 112, Actusnig Elise, Obsthandl, Grazervorstadt Nr. 112, Jauschnit Josef, Friseur und Barbier, Grazervorstadt Nr. 31, Kesch Oswald, Nagelschmidt, Magdalena-vorstadt Nr. 44, Polešnik Karl, Tischler, Stadt Nr. 152, Klug Eduard, Bäcker, Magdalena-vorstadt Nr. 31, Hartnagl Karl Otto, Schnitt-waarenhandlung, Stadt Nr. 129, Ploger Marie, Kleider- und Wäscheverfertigung, Stadt Nr. 118, Planl Paul, Schuster, Kärntnervorstadt Nr. 65, Anichmann zc. Komp., Champagner-Erzeuger, Grazervorstadt Nr. 31, Kitzouia Ignaz, Hafner, Stadt Dompfah.

(Von der Universität in Graz.) Am 8. November fand auf der Universität eine von deutschen Studenten aller Fraktion sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, in welcher mit voll-ständiger Einmütigkeit die Grundzüge festgestellt wurden, auf welchen in allen studentischen Ange-legenheiten ein gemeinsames Vorgehen der deut-schen Studenten möglich gemacht werden könne. Hierzu wurde ein Komitee aus 15 Mitgliedern ge-wählt. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, am 15. November l. J. einen allgemeinen Kom-mers abzuhalten und zur Betheiligung an dem-selben auch die Studirenden nicht deutscher Na-tionalitäten einzuladen. Der Rektor Prof. Dr. Schlager, welcher der Versammlung beiwohnte, sprach sich schließlich sehr anerkennend über die Haltung der Versammlung aus, was von den Studirenden mit lebhaftem Applaus erwidert wurde.

Gerichtshalle.

(Verbrechen der Bigamie.) Vor den Schranken des Prager Landesgerichtes er-scheint dieses ziemlich selten vorkommenden Ver-brechens Franz J. aus Bittau in Böhmen, seines Reichens Schneider beizichtigt.

Franz J. hat ein sehr bewegtes Vorleben hinter sich. Er durchreiste vieler Herren Länder, arbeitete hier und dort, konnte aber nirgends Ruhe finden, sein Herz trieb ihn in das schöne Land, „wo die Citronen blühen."

Als 30jähriger Mann kam er nach Italien, das er wieder nach allen Richtungen hin durch-streifte.

In Savogne nahm eine dunkeläugige Ita-lienerin, Tranquilla Piccone, sein Herz gefan-gen. Er überlegte nicht lange, ließ sich in Sa-vogne nieder, fabrizirte vorzügliche Sammtjacken für die Bewohner des Städtchens und führte bald seine Tranquilla zum Traualtar.

Sein ehliches Glück währte nicht lange. Die Geburt des ersten Kindes kostete der jungen Italienerin das Leben, und unser Schneider, der schnürte wieder sein Bündel und zog weiter. In Pinologno fand er bei einer olivenfarbigen Schönheit Trost für den Verlust seiner ersten Frau.

Am 12. April 1863 heirathete er die ehr-same Jungfrau Leonida Novisco, welche ihm eine ansehnliche Anzahl blanker Lire zur Mitgift brachte, und verlegte sich wieder auf die Fabrization von Sammtjacken.

Dieses Geschäft wollte aber nicht vorwärts, zudem hörte J., daß vor kurzem in seinem Va-terlande ein großer Kleiderkünstler in Folge von höherer Inspiration so glücklich war, die „Tracht der Engel" zu finden, und er faßte, nachdem die Mitgift seiner Frau „alle" war, den Entschluß, in sein Heimathland zurückzukehren.

Er führte diesen Entschluß auch glücklich aus, vergaß aber dabei, seine olivenfarbige Maria Leonida mitzunehmen.

Im Jahre 1865 kam Franz J. nach Prag, wo er sehr bald die Kunst, vorzügliche Szamaros zu verfertigen, erlernte und eine Anstellung in einer der ersten Werkstätten der Hauptstadt fand.

Er war nur wenige Wochen in Prag, und sein liebesbedürftiges Herz hatte schon einen Er-satz für die vergessene Italienerin gefunden. Er lernte Maria G., die Tochter eines Bürgeres, kennen und ließ sich am 19. Juni 1865 bei dem Pfarrer zu St. Stefan mit ihr trauen.

Vor dem Pfarrer hatte er den Todtenschein der Tranquilla Piccone aus Savogne produziert, worauf dieser, da sonst Niemand nach den gesetz-lichen Ausbietungen Einsprache erhob, die Trauung vollzog.

Vier Jahre lang lebte er glücklich in seiner neuen Ehe und ererente sich eines ungestörten häuslichen Friedens. Aber Maria Leonidas Novisco hatte seinen Verlust nicht verschmerzen können und reklamierte ihren Gatten im Wege der Gefandtschaft.

Unser auswärtiges Amt wurde verständiget, dieses setzte wieder die inländischen Behörden in Bewegung, und nach vierjährigem Suchen erfuhr Maria Leonida zu ihrem Entsetzen, daß ihr Gatte eine zweite Ehe eingegangen habe.

Der Angeklagte gab zu seiner Rechtfertigung vor, daß ihn die Hebamme von Pinologno brief-lich von dem Verschiden seiner zweiten Frau ver-ständiget habe, und daß er sich in Folge dessen für berechtigt hielt, eine dritte Ehe zu schließen. Da er den betreffenden Brief nicht produziren konnte und der Thatbestand des Verbrechens der zweifachen Ehe vollständig erwiesen vorlag, bean-tragte der Staatsanwalt seine Verurtheilung zu einjährigem schweren Kerker.

Nach Anhörung seines Verteidigers, ging der Gerichtshof unter das gesetzliche Strafausmaß herab und verurtheilte ihn zu 2monatlicher Kerkerstrafe.

Geschäfts-Zeitung.

(Verkauf von altem Material.) Die Direktion der Kaiser Ferdinands-Nordbahn beab-sichtigt zirka 40.000 Str. Altschienen, ferner Pausch- und Bröckeleisen. Metalle und diverse andere Altmaterialien zu verkaufen und nimmt diesbe-züglich gestempelte Offerten bis 18. d. M. Mit-tags entgegen. Nähere Auskünfte werden in der Material-Verwaltung am Nordbahnhofe Wien er-theilt.

Wien, 8. November. (Schlachtvieh-markt.) Der Auftrieb auf dem gestrigen Schiach-tviehmarke betrug 3079 Ochsen. Das Schätzungs-gewicht stellte sich per Stück von 375 bis 650 Pfund, der Ankaufspreis per Stück von 120 fl. bis 205 fl. und per Zentner von 24 fl. bis 34 fl. 50 kr.

Beuiletton.

Der Oberlehrer.

Von

Emma Riendorf.

I.

Er galt nicht nur für einen guten Gesell-schafter, sondern auch für einen trefflichen Tänzer, eine Eigenschaft, von der ich mich selbst bei jeder vorkommenden Gelegenheit mit wahren Vergnü-ßen überzeugte.

Er engagirte mich regelmäßig und schon lange voraus, auf so viele Louren, wie möglich, so daß mich Papi und die Anderen früher oft mit ihm neckten, wie es in der Jugend nun ein-mal Sitte ist.

Der Schwager hatte vor kurzem mit seiner Familie, die damals nur erst aus einem Söhn-lein bestand, die Amtswohnung in den angren-zenden alten Klostergebäude bezogen, welche sich mit ihren dunklen starken Mauern und gewölbten Fenstergittern, von einer Reihe hoher Fenstergit-tern, von einer Reihe hoher Linden bewacht, bis in eine der Hauptstraßen hinüber strecken. Er forderte mich auf, lieber zu ihm herein zu ziehen.

„Sie wohnen da draußen vor dem Thore gar zu einsam und verlassen", sagte er; „das geht nicht, Marie, besonders in den Kriegsläufen und für ein so junges Weibchen. Ueberdies ist die schlimme Jahreszeit nicht mehr fern; wie wollen Sie da in Regen, Sturm und Schnee täglich zu und in die Stadt kommen, den weiten

schlechten Weg, wo man fast versinkt? Nein, besser Sie bleiben gleich bei uns. Die Papi wäre zu unruhig um Sie, das möchte ihr scha-den, und Sie können ihr so in der Nähe auch besser beistehen, wenn sie nun bald Ihrer Wor-tung bedürfen sollte. Wir könnten ja ein halbes Duzend solcher kleinen Tanen logiren, unbes-schadet aller noch zu erwartenden Neffen und Nichten."

Ich nahm den Vorschlag gern an, obwohl mir schon im es Voraus sehnsüchtig ward nach meinen Erinnerungen und nach unserem Häu-schen, das im Grünen steckte, wie ein Nachtigallen-käfig, der unter lauter Zweigen hängt.

Man räumte mir eine große Stube ein, in der neben den darin bereits vorhandenen älteren Geräthen, die zum Theile noch aus den Jung-gesellentagen des Schwagers stammten, oder sich schon im Amtslokal vorgefunden hatten, beinahe meine ganze Aussteuer untergebracht werden konnte.

Der Sopha und die sechs Stühle von blauem Tuche mit silbernen Knöpfen, sammt den zwei Ruspbaumkommoden und Pfeilerschränken vertoren sich an den langen weißen Wänden, sowie die zierlichen Wolken von Mousseline mit gestickten Franzen, die ich über die breiten, nach dem Hofe schauenden Fensternischen ausgespannt hatte.

Um mir die kerkerartige Aussicht zu erheitern, zu der ich aber nur auf einen hohen Tritt em-porsteigen konnte, stellte der Schwager außen auf das Blumenbrett ein paar blühende Geraniens-töcke, rothe und weiße; und um die Scheiben schriften noch Schwalben hin und her und aus und ein, die ihre Nisthöhlen über und unter dem Gesimse angebaut hatten.

Wie ein Freund, der uns seine Hilfe in der Noth verspricht, wie ein geharnischter Riese und Schutzwächter stand der eiserne Ofen war-tend in der Ecke, mit seinen als Nohren erglän-zenden Adam und Eva, nebst dem Gefolge von Schlange, Baum und Apfel.

(Fortsetzung folgt.)

Original-Privat-Telegramme.

Hamburg, 11. November. Der „Hamb. Korrespondent" meldet: Das vertragemäßige Bun-desverhältniß zwischen Baiern und dem übrigen Deutschland werde fortbauern, falls der Eintritt Baierns in den deutschen Bund auf Grund der Verfassung des Nordbundes unerreichbar sei.

Tours, 11. November. Eine Zirkular-depesche Favre's vom 8. Nov. über die letzten Waffenstillstandsverhandlungen legt dar, daß die-selben an der absoluten Weigerung Preußens scheiterten, die Verproviantierung von Paris wäh-rend des Waffenstillstandes zuzugeben.

London, 11. Nov. Beim gestrigen Lord-mayorenbankett vertheidigten der Lordkanzler und Gladstone energisch die Haltung Englands in der Neutralitätsfrage. Granville bemerkte, England wüusche Deutschland stark und gereinigt, sei aber einer zu großen Demüthigung Frankreichs ent-gegen.

München, 11. November. Anfangs näch-ster Woche nach Rückkunft des Grafen Bray, soll in einem Konseil endgiltig über die Stellung Baierns zu Deutschland entschieden werden. Man spricht von einem Ministerium Hohenlohe.

Bremen, 11. Nov. Die „Weserzeitung" meldet: Heute Mittags hat man bei Neuwert (Schweden) Kanonendonner vernommen.

Ein Theil unserer Elbe-Flotte ist elbeauf-wärts gegangen.

Kopenhagen, 11. Nov. Die Zeitungs-notizen, daß es möglicherweise beabsichtigt sei, Dänemark für seine Ansprüche aus Art. 5 des Prager-Vertrages mit Geld zu entschädigen, haben hier kompetente Aeußerungen hervorgerufen, welche feststellen, daß die dänische Regierung auf einen solchen Vorschlag nicht eingehen würde.

Berlin, 11. November. Die Regierung wird dem Reichstaze die Gesetvorlage einer neuen Bundesanleihe von 100 Millionen Thalern für Kriegszwecke einbringen.

Nachsendungen von Geschützen haben wieder begonnen; auch Ersahmannschaften werden auf den Kriegsschauplatz befördert.

